Abend-Ausgabe. Nr. 218 Dienstag, 11. Mai 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.10, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Hilfsgeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Englands neuer Botschafter beim Führer

„Friedliches Zusammenwirken eine Notwendigkeit"

Berlin, 11. Mai.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute den neuernannten königlich britischen Botschafter Sir Nevile Henderson zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens seines in gleicher Eigenschaft nach Paris versetzten Vorgängers Sir Eric Phipps.

Der neuernannte Botschafter wurde unter dem üblichen Zeremoniell durch den Chef des Protokolls des Auswärtigen Amtes von der Königlich britischen Botschaft abgeholt und im Kraftwagen des Führers zum „Haus des Reichspräsidenten" geleitet. Die übrigen diplomatischen Mitglieder der Botschaft, darunter die Marine-, Militär- und Luftfahrtattachés, folgten in weiteren Wagen. Im Ehrenhof des Reichspräsidentenhauses hatte eine Ehrenkompanie des Heeres mit Musik Aufstellung genommen, die beim Eintreffen und bei der Abfahrt des Botschafters die militärischen Ehrenbezeigungen durch Präsentieren des Gewehres erwies, wobei die Musik den Präsentiermarsch spielte. An dem Empfang im Innern des Hauses nahmen außer dem Chef der Präsidialkanzlei und den Adjutanten des Führers und Reichskanzlers der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt teil.

Botschafter Henderson

überreichte das Handschreiben Seiner Majestät König Georg VI. dem Führer und Reichskanzler mit einer Rede in englischer Sprache, die in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Herr Reichskanzler! Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz die Schreiben zu überreichen, mit denen mein Vorgänger abberufen wird, und der König, mein erhabener Landesherr, mich bei Eurer Exzellenz als Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter beglaubigt.

Ich bin mir tiefsinnerlich der Ehre bewußt, die mein Landesherr mir antut, indem er mich mit dieser verantwortungsvollen Sendung betraut, und es ist nicht lediglich eine Förmlichkeit, wenn ich ausspreche, daß ich mein Leben in diesem großen und artverwandten deutschen Volk mit der festen Absicht beginne, alles, was in meinen Kräften liegt, zur Förderung der Sache des englisch-deutschen Einvernehmens zu tun. Denn gerade dies ist der Wunsch Seiner Majestät, der Wunsch Seiner Majestät Regierung und der Wunsch des gesamten britischen Volkes. Von der Erfüllung dieses Wunsches hängt der Erfolg meiner Sendung ab.

Ich hege die Ueberzeugung, daß es zwischen uns keine Frage gibt, die nicht in friedlichem Zusammenwirken und mit beiderseitigem guten Willen geregelt werden kann, und ich hoffe, daß ich in meinen persönlichen Beziehungen zu Eurer Exzellenz und Eurer Exzellenz Ministern mich darauf verlassen darf, das volle Maß an Unterstützung und den Geist vertrauensvollen Zusammenarbeitens zu finden, die zur Durchführung dieser hohen Aufgabe unerläßlich sind.

Der deutsche Reichskanzler

antwortete mit folgender Ansprache: Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Eurer Exzellenz zugleich mit dem Abberufungsschreiben Ihres Herrn Amtsvorgängers das Schreiben entgegenzunehmen, durch das Seine Majestät König Georg VI. Sie als Königlich britischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt. Mit Befriedigung habe ich Ihren Worten entnommen, daß Sie, Herr Botschafter, dem Wunsche Seiner Majestät des Königs, der Königlich britischen Regierung und des gesamten britischen Volkes entsprechend, es sich zur Aufgabe machen wollen, alles zur Förderung des deutsch-englischen Einvernehmens zu tun. Ich möchte hierauf erwidern, daß ich, die Reichsregierung und das deutsche Volk diese Mitteilung aufrichtigst begrüßen.

Eure Exzellenz haben der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es zwischen uns keine Frage gibt, die nicht in friedlichem Zusammenwirken mit beiderseitigem guten Willen geregelt werden kann. Dieses entspricht auch meiner Ueberzeugung, und ich möchte hinzufügen, daß ich in diesem friedlichen Zusammenwirken eine Notwendigkeit sowohl für das Gedeihen unserer beiden Völker, deren Artverwandtschaft Sie besonders betont haben, als auch im Interesse des allgemeinen Friedens sehe.

Sie können versichert sein, Herr Botschafter, daß Sie bei Durchführung Ihrer Aufgaben stets meine persönliche Unterstützung und das bereitwilligste Entgegenkommen der Reichsregierung finden werden. Die freundlichen Wünsche, die Seine Majestät König Georg VI. in seinem Handschreiben für das Gedeihen Deutschlands und für mich persönlich zum Ausdruck gebracht hat, nehme ich mit lebhaftem Dank entgegen. Ich erwidere sie aufrichtig und heiße Sie, Herr Botschafter, im Namen des Deutschen Reiches herzlich willkommen.

Hieran schloß sich eine längere freundschaftliche Unterhaltung des Führers und Reichskanzlers mit dem neu beglaubigten Botschafter. Dieser stellte ihm im Anschluß daran die Mitglieder seiner Botschaft vor, die der Führer einzeln begrüßte. Die Rückfahrt zur britischen Botschaft erfolgte in der gleichen Weise wie die Hinfahrt zum „Haus des Reichspräsidenten".

*

An den Empfang des britischen Botschafters schlossen sich zwei weitere Empfänge ausländischer Diplomaten an, und zwar zunächst der des neu ernannten Gesandten von Guatemala. Nachdem die Republik Guatemala, die bisher in Deutschland einen Geschäftsträger unterhielt, ihre Vertretung zum Range einer Gesandtschaft erhoben hat, überreichte als erster Gesandter seines Landes Herr José Gregorio Diaz, der seit 1931 in Berlin als Geschäftsträger tätig ist, sein Beglaubigungsschreiben.

Es folgte hierauf unter dem gleichen Zeremoniell der Empfang des neu ernannten Gesandten der Vereinigten Staaten von Mexiko, General Juan F. Azcarate, der bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens die engen und herzlichen Beziehungen betonte, die Deutschland und Mexiko seit einem Jahrhundert verbinden.

Nach der Abfahrt der Diplomaten schritt der Führer und Reichskanzler die Front der im Vorhof des „Hauses des Reichspräsidenten" aufgestellten Ehrenkompanie ab.

Abessiniens Hauptstadt soll verlegt werden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Mai.

Italienische Zeitungen berichten von der Absicht, die Hauptstadt Abessiniens zu verlegen. Sie betonen, daß Addis Abeba zu hoch gelegen sei. Die Höhenlage von 2000 Meter ermüde und zermürbe auch die gesündesten Menschen. Aus diesem Grunde seien die italienischen Kolonialbehörden auf der Suche nach einer neuen, besser gelegenen Hauptstadt. Dazu wäre es noch nicht zu spät, weil der moderne Stadtbebauungsplan für Addis Abeba noch nicht ausgeführt sei.

Für die künftige Hauptstadt hat man angeblich folgende Ortschaften, die durchweg etwa 2000 Meter hoch gelegen sind, in Erwägung gezogen: Ambo, 60 Kilometer westlich von Addis Abeba gelegen, das aber für den Verkehr ungünstig gelegen scheint, das Gebiet um Acchi und Moggio, die kaum 20 bzw. 80 Kilometer südlich von Addis Abeba an der Bahnlinie nach Dschibuti gelegen sind und über eine sehr gute Wasserversorgung verfügen; das 250 Kilometer nördlich von Addis Abeba liegende Dessie, das vor den anderen Orten eine besonders günstige Verkehrslage hat, und Irgalem im Süden von Addis Abeba, das über ähnlich günstige Wasserverhältnisse verfügt wie Acachi.

Arbeitslosenzahl erstmalig unter einer Million

Außerordentlich kräftige Frühjahrsbelebung - Günstigster Stand des Vorjahrs bereits überholt

Berlin, 11. Mai.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sank die Arbeitslosigkeit im April unter die Grenze von einer Million: Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 285 000 ab und erreichte damit einen Stand von 961 000.

In keinem Jahre seit Beginn der Arbeitsschlacht war die Entlastung im April so kräftig wie in diesem Jahre. Die Größe und Nachhaltigkeit der diesjährigen Frühjahrsbelebung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den ersten drei Monaten nach dem winterlichen Höchststand um insgesamt 808 000 zurückging gegenüber 740 000 bzw. 758 000 in den beiden Vorjahren. Dabei lag der winterliche Höchststand in diesem Jahr nur noch bei 1,85 Millionen gegenüber 2,5 Millionen im Jahre 1936 und 3 Millionen im Jahre 1935.

Durch diese Entwicklung konnte der günstigste Stand des Vorjahres, der im September mit 1 035 000 Arbeitslosen erreicht wurde, schon jetzt überholt werden. Im April 1937 sind bereits 74 000 weniger Arbeitslose vorhanden als im vorigen Herbst. Besonders bemerkenswert erscheint, daß die drei hochindustriellen Bezirke Rheinland (minus 35 000), Westfalen (minus 24 000) und Sachsen (minus 21 000) den weitesten Vorsprung vor dem bisher erreichten günstigsten Stand gewonnen haben.

Die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten nahm im April um 234 000, die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen um 29 000 ab. Die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten betrug damit Ende April noch 549 000, die der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen 110 000.

*

Die Arbeitslosigkeit ist beseitigt. Das kann man nunmehr mit vollem Fug und Recht behaupten. Denn was bedeuten die obengenannten Zahlen? Sie besagen nicht nur, daß die Zahl der Arbeitslosen erstmalig — genauer: zum ersten Male seit zehn Jahren — unter die Millionengrenze gefallen ist. Sie sind mehr noch die glänzendste Rechtfertigung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik, die sich denken läßt.

Mit einem Arbeitslosenstand von fast 7 Millionen übernahm die NSDAP im Januar 1933 die Macht im Reich, d. h. ein Drittel aller arbeitsfähigen Deutschen war erwerbslos! Der sofort eingeleitete erste Vierjahresplan setzte sich vor allem zum Ziel, die Volksgenossen, die durch die Mißwirtschaft der Systemzeit ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wieder in Lohn und Brot zu bringen. Ihm war ein großartiger Erfolg beschieden. Stetig sank die Zahl der Arbeitslosen. Vor einem Jahr betrug sie nur noch 1 762 800. Wenn sie jetzt abermals um eine Million verringert werden konnte, so ist zu bedenken, daß der Rest sich zum großen Teil aus nicht mehr voll Einsatzfähigen zusammensetzt, anderseits für gewisse Berufe, vor allem in der Metallindustrie und im Baugewerbe, bereits ein äußerst fühlbarer Facharbeitermangel besteht.

Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß es selbstverständlich auch im Vorkriegs-Deutschland Arbeitslose gab, wenn sie auch durch die amtliche Statistik nicht erfaßt wurden. Ihre Zahl schwankte — je nach Wirtschaftslage und Konjunktur — um die 500 000. Auch ein Vergleich mit anderen Ländern ist lohnend: während in dem durch den verlorenen Krieg, durch die Tribute, durch Inflationszeit und marxistisch-demokratische Mißwirtschaft geschwächten Deutschen Reich nur noch 1,5 v. H. der Bevölkerung arbeitslos sind, stehen in England und Frankreich, die sich allerdings neben ihrem natürlichen und angehäuften Reichtum noch den Luxus von Streiks und Lohnkämpfen leisten, 3,5 v. H. bzw. 3 v. H. ihrem Arbeitsplatz fern.

Die verbliebene knappe Million Arbeitsloser in Deutschland spielt also kaum noch eine Rolle. Man muß auch berücksichtigen, daß eine gesunde, vollbewegliche Wirtschaft einen gewissen Spielraum braucht; wenn man weiß, daß innerhalb eines Monates im vorigen Herbst in Deutschland etwa eine Million Arbeitnehmer den Arbeitsplatz wechselte, so ist es gewiß kein Zufall, daß diese Zahl der Ziffer der gegenwärtig noch vorhandenen Arbeitslosen genau entspricht. Es ist selbstverständlich, daß der nationalsozialistische Staat den verbliebenen Arbeitslosen auch weiterhin seine volle Fürsorge zuwenden wird. Die Bemühungen, auch ihnen einen Arbeitsplatz zu verschaffen, werden ebenfalls fortgesetzt. Die kürzlich ergangene Verordnung, nach der unter bestimmten Voraussetzungen ein Zwang zur Einstellung älterer Angestellter ausgeübt werden kann, wird auf diesem besonders schwierigen Teilgebiet ihre Wirkung nicht verfehlen.

Bemerkenswert ist, daß der neue Sieg in der Arbeitsschlacht schon jetzt im Frühjahr errungen werden konnte. Der Sommer bietet regelmäßig noch größere Arbeitsmöglichkeiten. Es ist also mit Recht zu hoffen und zu erwarten, daß dem Jahre 1937 weitere Erfolge beschieden sein werden.

Spiegelfechterei um den Franko-Sowjetpakt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Mai.

Zu den Staatsmännern, die ihren Weg zur englischen Krönungsfeierlichkeit über Paris genommen haben, gehört bekanntlich auch der sowjetrussische Außenminister Litwinow-Finkelstein. Er hat eine Unterredung mit Herrn Delbos gehabt und sich offenbar in dieser Unterredung darüber beklagt, daß Paris noch nicht in genügendem Umfang den Wünschen und Weisungen Moskaus Folge leiste. Das Pariser Blatt „Information" weiß über die Unterredung zu berichten, daß Litwinow den französischen Außenminister gedrängt habe, den Pakt zwischen Moskau und Paris durch Militärabkommen zu ergänzen. Delbos habe darauf ausweichend geantwortet und unter Betonung einer friedlichen Zusammenarbeit die sowjetrussischen Wünsche abgelehnt.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß diese Darstellung des französischen Blattes für harmlose Gemüter berechnet ist. Sie hat offensichtlich den Zweck, der Welt Sand in die Augen zu streuen, denn jeder, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß der Pakt Moskau—Paris einem Militärabkommen gleichzusetzen ist, und daß die militärische Zusammenarbeit, die Herr Litwinow angeblich erstrebt hat, tatsächlich seit langem besteht. Französische Parlamentarier haben sich darüber wiederholt sehr offen geäußert, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß derartige militärische Vereinbarungen zwischen Paris und Moskau längst bestehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Auslieferung von besonders wichtigen französischen Kanonenflugzeugmodellen, an die wiederholten gegenseitigen offiziellen Besuche usw. Die Meldung der „Information" ist also tatsächlich nichts als eine dumme Spiegelfechterei.

Ein weiteres Todesopfer des Blutbades von Clichy. Die blutigen Unruhen vom 16. März in dem Pariser Vorort Clichy haben nachträglich ein weiteres Todesopfer gefordert. An den Folgen seiner schweren Verletzungen ist ein Polizeibeamter im Krankenhaus gestorben.